

Das Landtagswahljahr 2010

Peter Filzmaier/Flooh Perlot/Martina Zandonella
(Graz/Krems/Wien/Wien)

Peter Filzmaier/Flooh Perlot/Martina Zandonella: *Das Landtagswahljahr 2010* (S. 121–144)

Das politische Jahr 2010 war in Österreich geprägt von den Landtagswahlen im Burgenland, in der Steiermark und in Wien. Bei allen drei Anlässen musste die SPÖ den Landeshauptmann sowie mit Ausnahme der Steiermark auch eine absolute Mandatsmehrheit verteidigen. Sie traf in erster Linie auf eine wiedererstarkende FPÖ. Der Beitrag fasst ausgewählte Ergebnisse der Wahltagsbefragungen und WählerInnenstromanalysen zusammen und versucht einen Bundesländer-Vergleich unterschiedlicher Trends. Er widmet sich dem geschlechts- und altersspezifischen Wahlverhalten, den Nichtwahl- und Wahlmotiven sowie der Frage einer möglichen Personalisierung der Wahlentscheidung. Die Analysen zeigen ein Verschwimmen der Geschlechter- und Generationenkluft. Die Zuspitzung der Wahlkämpfe auf Duelle zwischen Spitzenkandidaten findet keine eindeutige Entsprechung in den Wahlmotiven.

Schlagworte: Landtagswahlen 2010, Wahlanalysen, Wahlmotive, WählerInnenströme

Peter Filzmaier/Flooh Perlot/Martina Zandonella: *Regional Elections in Austria 2010* (pp. 121–144)

The year 2010, in Austria, was shaped politically by the regional elections in Burgenland, Styria and Vienna. The SPÖ held the position of governor in all three states, tried to defend its majorities, and faced mainly the FPÖ as emerging competitor. The article presents selected findings of the corresponding election-day surveys and the voter transition analyses, interested in comparing trends in the states. By focusing on possible differences in the voting behavior of women and men and of younger and older voters a closer look is being taken on the voting and non-voting motives and an eventual personalisation. The results show an increasingly blurred gender and generation gap. Furthermore, a clear personalisation in voting motivation cannot be found. The conclusions imply a variety of challenges for parties concerning the coming next elections.

Keywords: Austrian regional elections 2010, election analysis, voting motives, voter transition analysis

1. Einleitung

2010 wählten die ÖsterreicherInnen neben dem Bundespräsidenten die Landtage im Burgenland, in der Steiermark und in Wien. Keine dieser Entscheidungen brachte einen radikalen Umbruch der Mehrheitsverhältnisse, einzelne spezielle Konsequenzen für die politische Landschaft waren dennoch bedeutend. So verlor die SPÖ in Wien ihre 2001 wiedererlangte und 2005 verteidigte absolute Mandatsmehrheit, und bildete in der Folge die erste rot-grüne Koalition auf Landesebene. Im Burgenland hielt die SPÖ ihre absolute Mehrheit in der Regierung, büßte jedoch ebenfalls knapp die absolute Mehrheit im Landtag ein bzw. bekam exakt die Hälfte der Mandate. In der Steiermark scheiterte die ÖVP beim Versuch, nach über 50-jähriger Mehrheitsstellung und deren Verlust 2005 nunmehr den ersten Platz und damit den Landeshauptmann von der SPÖ zurückzuerobern.

Die FPÖ legte in allen drei Bundesländern an Stimmenprozenten zu, wobei sie aufgrund einer tiefen Parteikrise 2005 jeweils von einem vergleichsweise niedrigen Niveau aus startete. Im Burgenland und in der Steiermark blieb die Partei sehr deutlich unter ihrem Höchstwert von 1995/96, in Wien hingegen legte sie stark zu und kam nahe an ihren Höchstwert des Jahres 2000 heran. Die Bilanz der Grünen war ambivalent: Schafften sie es im Burgenland nach Verlusten nur dank der Wahlkarten in den Landtag, so konnten sie in der Steiermark leicht zulegen und verfehlten trotzdem den angestrebten Sitz in der Landesregierung klar. In Wien verloren sie Stimmen, erreichten jedoch erstmals eine Regierungsbeteiligung. Das BZÖ ist wie zuvor in keinem Landtag vertreten und existiert als politische Kraft in Mandatsstärke nur im Nationalrat.

Die Wahlen 2010 boten erneut die Gelegenheit, im Zuge von Wahltagsbefragungen Motive für die Parteientscheidungen zu erheben und diesbezüglich das jeweilige Elektorat nach soziodemographischen Indikatoren zu analysieren. Die Frage nach den Einflussfaktoren auf die Wahlentscheidung ist ein zentraler Aspekt der Wahlforschung, wobei grundsätzlich zwischen länger- und kurzfristigen Determinanten unterschieden wird (Schultze 2005, 1128–1129).

Zu den längerfristigen Einflüssen zählen unter anderem die gesellschaftliche Verankerung, die sich etwa über soziodemographische Indikatoren wie Alter und Geschlecht definiert, sowie über Parteibindungen, den Rahmen des politischen Systems, die politische Kultur und vorhandene Konfliktlinien. Auf diese treffen in der jeweiligen Wahlsituation kurzfristige Faktoren wie die öffentliche Themenlandschaft, die konkreten KandidatInnen oder der Wahlkampfverlauf.

Hinzu kommen Trends in der Kampagnenführung und in der medialen Berichterstattung. Eine dieser Entwicklungen, die sich mittels Wahltagsbefragungen untersuchen lässt, ist deren Personalisierung. Dieses Phänomen meint im Sinne der politischen Kommunikation eine zunehmende Konzentration im öffentlichen Agieren von Parteien auf Personen (zuletzt etwa Lengauer/Vorhofer 2010, 161–164), und konkret im Wahlzusammenhang den Einfluss der SpitzenkandidatInnen auf die Entscheidung der WählerInnen einer Partei.

Die Auswertung von Wahlforschungsdaten erlaubt somit genauere Aussagen über die Ursachen eines Wahlergebnisses, zudem können diese Daten die zentralen Wettbewerbsräume und Zielgruppen in aktuellen Wahlauseinandersetzungen charakterisieren. Damit sind Rückschlüsse auf die Performance von Parteien ebenso möglich wie generalisierende Aussagen über Trends im Wahlverhalten. Der vorliegende Artikel versucht einige Elemente dieser grob skizzierten Theorieansätze in ein Verhältnis zu den empirischen Daten der Landtagswahlen 2010 zu setzen.

Dabei wird auf die Ergebnisse der Wahltagsbefragungen zurückgegriffen, die von einer Projektgemeinschaft des Instituts für Strategieanalysen (ISA) und des Institute for Social Research and Consulting (SORA) im Auftrag des Österreichischen Rundfunks (ORF) durchgeführt wurden. Diese Befragungen wurden jeweils von Donnerstag bis zum Wahlsonntag als Telefoninterviews (*computer assisted telephone interviews/ CATI*) mit mindestens vierstelliger Fallzahl als repräsentative Stichprobengröße durchgeführt. Im Burgenland und in der Steiermark betrug die Nettofallzahl vollständig abgeschlossener Interviews 1.025 bzw. 1.004 Personen, in Wien 2.007 Befragte. In der Folge werden zunächst Ausgangslage und Ergebnisse der Wahlen zusammengefasst (Kap. 2) sowie die relevanten WählerInnenbewegungen dargestellt. Daran knüpft eine soziodemographische Analyse des Wahlverhaltens (Kap. 3), der Nichtwahl- (Kap. 4) und Wahlmotive (Kap. 5) an. Eine Betrachtung der Personalisierung der Wahlentscheidung (Kap. 6) und ein Ausblick auf künftige Wahlen (Kap. 7) beschließen den Beitrag.

2. Wahlergebnisse und WählerInnenströme

Landtagswahlen sind im Kontext des jeweiligen Bundeslandes zu sehen, für die Interpretation der Ergebnisse muss allerdings die Einbettung in den Zusammenhang der bundespolitischen Situation in Österreich beachtet werden. Den Hintergrund für die Wahlen 2010 bildete eine Koalition aus SPÖ und ÖVP, die nach der Nationalratswahl 2008 gebildet wurde. Diese Konstellation fand nach Verlusten für beide Parteien und mangels realistischer Alternativen für eine andere Mehrheit zusammen, nachdem zuvor dieselbe Zusammenarbeit vorzeitig beendet worden war. Die FPÖ trat im Burgenland und in der Steiermark zum ersten Mal nach ihren Verlusten im Umfeld der internen Konflikte 2005 sowie nach der Parteispaltung in FPÖ und BZÖ an. Auch die Wiener Wahl 2005 hatte noch knapp nach der Parteispaltung stattgefunden und mit Verlusten der FPÖ geendet.

2.1 Die Landtagswahl im Burgenland

Bei der Landtagswahl im Burgenland am 30. Mai 2010 kandidierte neben den bereits im Landtag vertretenen Parteien SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grünen landesweit noch die Liste Burgenland (LBL). Das BZÖ trat nicht an. Fünf Jahre zuvor hatte die SPÖ – damals mit der Rahmenbedingung einer FPÖ-Krise und einer zunehmend unpopulären ÖVP-/FPÖ-Koalition im Bund – stark zugelegt und die absolute Stimmen- und Mandatsmehrheit erreicht. Dementsprechend war 2010 die Frage nach dem Erhalt dieser Mehrheit eines der Hauptthemen. Sollten sich Trends der in anderen Bundes-

ländern 2009 von der SPÖ verlorenen Landtagswahlen bestätigen, so waren dramatische Verluste zu erwarten.

Vorab medial veröffentlichte Umfragen zeigten allerdings kein eindeutiges Bild. Ähnlich unklar war das Abschneiden der ÖVP, der ein Minus prognostiziert wurde, dessen Ausmaß jedoch unterschiedlich eingeschätzt wurde. Demgegenüber schienen ein Zugewinn der FPÖ und ein Halten der Stimmenanteile der Grünen als vergleichsweise sicher (APA 2010). In der Öffentlichkeit kaum thematisiert wurde hingegen, dass es im Burgenland noch nie mehr als 5,5 Prozent Grünstimmen gegeben hatte, und die Grünen stets knapp über der Mindestprozentklausel für den Landtagseinzug von vier Prozent gelegen waren. Hinsichtlich der LBL als unbekannte Variable schienen kaum seriöse Prognosen möglich zu sein.

Tabelle 1: Ergebnisse der Landtagswahlen im Burgenland 2005 und 2010

	Landtagswahl 2005			Landtagswahl 2010				Behal- terate der Parteien in Prozent	Größte Gewinne von/ Verluste an
	Stim- men	Pro- zent	Man- date	Stim- men	Pro- zent	Man- date			
SPÖ	100.497	52,18	19	91.185 (-9.312)	48,26 (-3,92)	18	82	NW +4.000/ NW -10.000	
ÖVP	70.057	36,38	13	65.411 (-4.646)	34,62 (-1,76)	13	83	SPÖ +3.000/ NW -6.000	
FPÖ	11.077	5,75	2	16.970 (+5.893)	8,98 (+3,23)	3	53	NW +7.000/ LBL -2.000	
Grüne	10.043	5,21	2	7.835 (+2.208)	4,15 (-1,06)	1	46	ÖVP +2.000/ SPÖ/NW je -2.000	
LBL	-	-	-	7.559	4,0	1	-	NW +4.000	
Summe	191.674*	99,52**	36	188.960*	100,01**	36			

NW = NichtwählerInnen.

Quelle: Amt der burgenländischen Landesregierung (2010); die Behalterate sowie die Angaben zu den größten Gewinnen und Verlusten in den WählerInnenströmen beruhen auf Berechnungen von SORA (2010a).

* Die Wahlbeteiligung betrug 81,4 (2005) bzw. 77,3 Prozent (2010). 2005 kandidierte noch die Österreichische Bürger- und Wirtschaftspartei (ÖBWP), die 916 Stimmen bzw. 0,48 Prozent erreichte.

** Fehlende Werte auf 100 Prozent entfielen auf sonstige Listen bzw. sind Rundungsfehler.

Die Wahl kostete schließlich die SPÖ ihre 2005 errungene Mehrheit, sie erreichte 48,3 Prozent der Stimmen (-3,92) und 18 Sitze (-1) im 36 Plätze umfassenden Landtag. Sie verteidigte allerdings die Mehrheit in der Landesregierung, was aufgrund des Proporzsystems einen wichtigen Erfolg darstellte. Dieser Sitzverteilung folgend erhält

jede Partei ab einem bestimmten Stimmenanteil Sitze in der Landesregierung. Diese entscheidet nicht einstimmig, sondern nach dem Mehrheitsprinzip. Die ÖVP verlor ebenfalls Stimmen, konnte aber mit 34,6 Prozent (-1,76) ihre 13 Mandate halten. Die FPÖ legte auf neun Prozent zu (+3,23) und erhielt drei Mandate (+1), der Einzug in die Landesregierung blieb ihr damit aber verwehrt. Die Grünen verloren einen Prozentpunkt auf 4,15 Prozent, und waren erst nach Auszählung der Wahlkarten ihres Landtagseinzugs sicher. Die LBL übersprang die Mindestprozenthürde mit exakt einer Stimme. Erstmals in der Wahlgeschichte sind somit fünf Parteien im burgenländischen Landtag vertreten (siehe Tab. 1).

Da die im überregionalen Vergleich traditionell hohe Wahlbeteiligung 2010 von über 81 auf rund 77 Prozent zurückging, war der Abfluss an die Gruppe der NichtwählerInnen ein entscheidendes Element der Stimmverschiebungen. Sowohl SPÖ und ÖVP als auch Grüne verloren jeweils die meisten ihrer Stimmen an die NichtwählerInnengruppe, umgekehrt gewannen vor allem FPÖ und LBL aus diesem Lager dazu. Hinsichtlich der WählerInnenströme bedeutete das, dass nicht der direkte Austausch zwischen einzelnen Parteien entscheidend war, sondern die entweder gelungene oder gescheiterte Mobilisierung der eigenen WählerInnen sowie das Überzeugen von ehemaligen NichtwählerInnen. SPÖ und ÖVP erreichten jeweils Behalteraten von über 80 Prozent, der Austausch zwischen den beiden Parteien war demgegenüber eher gering bzw. irrelevant.

2.2 Die Landtagswahl in der Steiermark

Rund vier Monate später, am 26. September 2010, folgte die Landtagswahl in der Steiermark mit einer gänzlich anderen Ausgangslage. 2005 war die SPÖ erstmals zur stärksten Partei geworden und hatte den Landeshauptmannsessel übernommen. Die FPÖ verlor ihre Sitze im Landtag, gleichzeitig gelang der KPÖ der Sprung auf den dritten Platz, was eine für Österreich einzigartige Konstellation in einem Landesparlament bedeutete.

Auch in der Steiermark war die entscheidende Frage, ob die SPÖ den ersten Platz gegenüber der ÖVP verteidigen könnte, bis zuletzt offen. Abseits davon zeichnete sich bald ab, dass sich die Zusammensetzung des steirischen Landtages – mit Ausnahme der Vertretung der KPÖ – den anderen Regionalparlamenten Österreichs angleichen würde: Der Wiedereinzug der FPÖ galt als gesichert, auch die Stimmenstärke für einen Platz in der Landesregierung schien wahrscheinlich. Die KPÖ trat ohne den 2005 wichtigen Spitzenkandidaten Ernest Kaltenegger an und musste mit Verlusten rechnen. Die Grünen tauschten im Wahlkampf den Listenführer aus und hatten nur moderate Gewinne zu erwarten, für das BZÖ ging es einmal mehr um den Einzug in den Landtag.

Bei der Wahl selbst scheiterte die ÖVP schließlich am erklärten Ziel der Rückeroberung des Landeshauptmannsessels. Sie kam auf 37,2 Prozent (-1,47) und verlor zwei Mandate (22). Die SPÖ verlor zwar ebenfalls zwei Mandate und mit einem Minus von 3,4 Prozentpunkten auch einen größeren Anteil als die ÖVP, blieb aber mit 38,26 Prozent vor dieser. Die FPÖ erzielte 10,66 Prozent, einen Zugewinn von rund sechs Prozentpunkten, und zog damit sowohl in den Landtag als auch die Landesregierung ein. Die KPÖ verlor erwartungsgemäß Stimmen (-1,93) und Mandate (-2),

behält aber zwei Sitze. Die Grünen konnten leicht zulegen (+0,82) und überholten mit 5,55 Prozent die KPÖ. Das BZÖ scheiterte trotz Zugewinnen im Vergleich zu 2005 am Einzug in den Landtag (siehe Tab. 2).

Tabelle 2: Ergebnisse der Landtagswahlen in der Steiermark 2005 und 2010

	Landtagswahl 2005			Landtagswahl 2010			Behal- terate der Parteien in Prozent	Größte Gewinne von/ Verluste an
	Stim- men	Pro- zent	Man- date	Stim- men	Pro- zent	Man- date		
SPÖ	290.859	41,67	25	253.878 (-36.981)	38,26 (-3,41)	23	74	ÖVP +12.000/ NW -28.000
ÖVP	269.905	38,66	24	246.755 (-23.150)	37,19 (-1,47)	22	79	SPÖ +16.000/ NW -20.000
KPÖ	44.247	6,34	4	29.231 (-15.016)	4,41 (-1,93)	2	33	SPÖ +4.000/ NW -10.000
Grüne	33.013	4,73	3	36.834 (+3.821)	5,55 (+0,82)	3	53	SPÖ/NW je +5.000/ NW -6.000
FPÖ	31.807	4,56	-	70.708 (+38.901)	10,66 (+6,1)	6	48	SPÖ +14.000/ ÖVP -6.000
BZÖ	11.977	1,72	-	19.775 (+7.798)	2,98 (+1,26)	-	28	SPÖ +5.000/ FPÖ -4.000
Summe	681.808*	97,68**	56	657.181*	99,05**	56		

NW = NichtwählerInnen

Quelle: Amt der steirischen Landesregierung (2010); die Behalterate sowie die Angaben zu den größten Gewinnen und Verlusten in den WählerInnenströmen beruhen auf Berechnungen von SORA (2010b).

* Die Wahlbeteiligung betrug 76,18 (2005) bzw. 69,54 Prozent (2010). 2005 kandidierte noch die Liste Hirschmann, die 14.309 Stimmen bzw. 2,05 Prozent erreichte. 2010 traten die Christliche Partei Österreichs (CPÖ) und die Liste PUMA an und kamen auf 4.762 bzw. 1.581 Stimmen bzw. 0,72 und 0,24 Prozent.

** Fehlende Werte auf 100 Prozent entfielen auf sonstige Listen bzw. sind Rundungsfehler.

Neue Stimmen bekamen die Großparteien jeweils von ihrem direkten Gegenüber. 12.000 ehemalige ÖVP-WählerInnen wechselten zur SPÖ, umgekehrt holte die ÖVP – nach einer großen Abwanderung in die Gegenrichtung vor fünf Jahren – 16.000 frühere SPÖ-WählerInnen zu sich. Im Saldo bedeutete das, dass die ÖVP im sowohl 2005 als auch 2010 entscheidenden WählerInnenstrom des Direktaustausches keinen nennenswerten Erfolg erzielen konnte, und deshalb Zweiter blieb. Gleichzeitig verloren beide Parteien deutlich mehr Stimmen an die NichtwählerInnen – ein Problem, das

auch KPÖ und Grüne betraf. Als eine direkte Folge davon sank die Wahlbeteiligung auf knapp unter 70 Prozent, was angesichts der umkämpften Mehrheitsverhältnisse überraschend und auch auf einen inhaltsleeren Wahlkampf zurückzuführen war. Die FPÖ profitierte am meisten von bisherigen SPÖ-WählerInnen und gewann von dieser Gruppe rund 14.000 Stimmen.

2.3 Die Landtagswahl in Wien

Nur zwei Wochen nach der Wahl in der Steiermark stimmten die WienerInnen über einen neuen Gemeinderat – ident mit dem Landtag – ab. Die SPÖ hatte 2005 zwar die absolute Stimmenmehrheit bereits verloren, jedoch aufgrund der Mandatsberechnung mit 55 Sitzen den Überhang im 100 Plätze umfassenden Gemeinderat bzw. Landtag behalten. Sie war damit der Hauptgegner für die anderen Parteien, die für eine

Tabelle 3: Ergebnisse der Landtagswahlen in Wien 2005 und 2010

	Landtagswahl 2005			Landtagswahl 2010				
	Stimmen	Prozent	Mandate	Stimmen	Prozent	Mandate	Behalterate der Parteien in Prozent	Größte Gewinne von/Verluste an
SPÖ	333.611	49,09	55	334.757 (+1.146)	44,34 (-4,75)	49	73	NW +50.000/ FPÖ -45.000
ÖVP	127.531	18,77	18	105.627 (-21.904)	13,99 (-4,78)	13	66	NW +11.000/ FPÖ -20.000
FPÖ	100.780	14,83	13	194.517 (+93.737)	25,77 (+10,94)	27	60	SPÖ +45.000/ NW -12.000
Grüne	99.432	14,63	14	95.445 (-3.987)	12,64 (-1,99)	11	76	NW +19.000/ SPÖ -24.000
BZÖ	7.824	1,15	–	10.057 (+2.233)	1,33 (+0,18)	–	12	NW +5.000/ FPÖ -3.000
Summe	669.178*	98,47**	100	*	98,07**	100		

NW = NichtwählerInnen

Quelle: Stadt Wien (2010); die Behalterate sowie die Angaben zu den größten Gewinnen und Verlusten in den WählerInnenströmen beruhen auf Berechnungen von SORA (2010c).

* Die Wahlbeteiligung betrug 60,81 (2005) bzw. 67,63 Prozent (2010). 2005 kandidierte noch die Sozialistische Linkspartei (SLP) und erreichte 124 Stimmen (0,02 Prozent). 2010 kandidierten außerdem das Liberale Forum (LiF) (5.192 Stimmen, 0,69 Prozent) und die Listen Mensch-Umwelt-Tierschutz (MUT) (514 Stimmen, 0,07 Prozent), SLP (73 Stimmen, 0,01 Prozent) sowie die Plattform Demokratie (DEM) (331 Stimmen, 0,04 Prozent).

** Fehlende Werte auf 100 Prozent entfielen auf sonstige Listen bzw. sind Rundungsfehler.

reale Regierungsbeteiligung – es gibt zusätzlich nicht amtsführende Stadträte ohne Portfolio – diese Mehrheit brechen mussten. Für sie ging es zudem darum, eine gute Ausgangsposition für eine mögliche Koalition nach der Wahl zu erreichen. Die FPÖ nannte aus wahltaktischen Überlegungen auch das Amt des Bürgermeisters als Ziel, obwohl es dafür keine realistischen Varianten einer koalitionären Zusammenarbeit gab.

Die SPÖ verlor ihre absolute Mandatsmehrheit und rutschte auf 49 Sitze ab. Davon profitierte in erster Linie die FPÖ, die sich auf 27 Mandate mehr als verdoppelte. Die ÖVP musste ebenfalls Verluste hinnehmen und verlor – ähnlich wie die SPÖ – rund 4,8 Prozentpunkte. Sie büßte fünf Sitze ein. Auch die Grünen konnten nicht an Stimmen zulegen, sondern verloren fast zwei Prozentpunkte und drei Sitze. Das BZÖ scheiterte mit 1,3 Prozent wieder deutlich am Einzug in den Gemeinderat (siehe Tab. 3, S. 127).

Da 2005 die Wahlbeteiligung auf rund 60 Prozent gesunken war und 2010 wieder auf etwa 68 Prozent anstieg, kam mobilisierten NichtwählerInnen große Bedeutung zu. Die SPÖ konnte beispielsweise rund 50.000 Stimmen aus deren Reihen gewinnen, was den Verlust an Stimmen an die FPÖ (-45.000) mehr als ausglich. Auch die ÖVP und die Grünen überzeugten in größerem Ausmaß ehemalige NichtwählerInnen. Insgesamt führte die Zunahme der Wahlbeteiligung dazu, dass selbst Parteien mit einem prozentuellen Verlust absolut an Stimmen zulegen konnten.

3. Soziodemographie des Wahlverhaltens

Die Analyse des Einflusses von Alter und Geschlecht auf das Wahlverhalten in Österreich hat bei einigen Gelegenheiten Beispiele für zwei Effekte geliefert (z. B. Filzmaier/Hajek 2007, 71, Plasser u. a. 2007, 161–163, Filzmaier/Perlot 2008, 9–11), nämlich eine Alterskluft (*generation gap*) und eine Geschlechterkluft (*gender gap*). Zusammengefasst drücken beide Begriffe die Erkenntnis aus, dass sich das Ergebnis einer Partei nicht zu gleichen Teilen auf einen repräsentativen Querschnitt des Wahlvolkes aufteilt, sondern unterschiedliche Gruppen – in diesen Fällen junge und ältere WählerInnen bzw. Frauen und Männer – bestimmte Parteien regelmäßig in messbar höherem bzw. niedrigerem Ausmaß wählen.

3.1 Wahlverhalten nach Geschlecht

Der *gender gap* hat sich in der Vergangenheit sowohl bei Landtags- als auch bei Nationalratswahlen gezeigt. Im Kern lässt er sich in Österreich dahingehend beschreiben, dass Frauen tendenziell stärker die SPÖ und die Grünen, Männer hingegen eher die ÖVP und die FPÖ wählen. In Westeuropa generell wird er als Ergebnis einer mehrstufigen Entwicklung gesehen (Norris 1999) und führt in Verbindung mit formal steigender Bildung zu einer tendenziell stärkeren Nähe von Frauen zu »postmaterialistischen bzw. libertären Parteiformationen« (Plasser/Ullram 2000, 187), zu denen in Österreich etwa die Grünen aufgrund ihrer thematischen Ausrichtung zu zählen sind.

Der in Prozentpunkten ausgedrückte Unterschied im Stimmverhalten der Geschlechter lässt sich auch 2010 zeigen, wenngleich nur teilweise ein klarer Trend ablesbar ist (siehe Tab. 4).

Tabelle 4: Geschlechtsspezifisches Wahlverhalten 2010

		SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne	BZÖ	KPÖ	LBL
Burgenland	Männer	40	38	16	4	–	–	2
	Frauen	56	32	4	5	–	–	3
	PPD	+16	–6	–12	+1	–	–	+1
Steiermark	Männer	43	37	10	3	4	3	–
	Frauen	38	38	6	9	5	4	–
	PPD	–5	+1	–4	+6	+1	+1	–
Wien	Männer	41	14	28	12	2	2	–
	Frauen	50	14	20	14	1	1	–
	PPD	+9	0	–8	+2	–1	–1	–

Angaben in Prozent, Differenz in Prozentpunkten (Percentage Points Difference/PPD). Ein positives Ergebnis in der Differenz bedeutet, dass mehr Frauen als Männer die Partei gewählt haben, ein negatives den umgekehrten Fall. Abweichungen auf 100 Prozent ergeben sich durch Rundungsfehler.

Quelle: ISA/SORA (2010a), (2010b), (2010c). Es handelt sich um repräsentative CATI-Telefonbefragungen mit Stichproben von Burgenland $n = 1.025$, Steiermark $n = 1.004$, Wien $n = 2.007$. Die maximale »Schwankungsbreite« beträgt somit im Burgenland $\pm 3,1$ Prozent, in der Steiermark $\pm 3,2$ Prozent und in Wien $\pm 2,2$ Prozent.

Diese Ergebnisse zeigen ein differenziertes Bild, das sich nicht über das Parteienspektrum verallgemeinern lässt:

- Am eindeutigsten ist der Befund bei der FPÖ, die durchgehend deutlich stärker von Männern gewählt wurde als von Frauen. Mit einem Unterschied von zwölf Prozentpunkten ist die Geschlechterkluft unter FPÖ-WählerInnen im Burgenland am stärksten.
- Die SPÖ konnte in Wien und vor allem im Burgenland überdurchschnittlich viele Frauenstimmen auf sich ziehen. In der Steiermark allerdings überwogen die männlichen Wähler. Da in allen drei Fällen ein Mann der Spitzenkandidat war, fällt dieser Faktor als Erklärungshypothese weg. Eine Gemeinsamkeit der Wahlen im Burgenland und Wien ist hingegen die starke Position und Verankerung der SPÖ, die für eine bessere Mobilisierung von Wählerinnen sprechen könnte.
- Für die ÖVP scheint die Geschlechterkluft 2010 eine geringere Rolle gespielt zu haben. Abgesehen vom Burgenland gab es praktisch keine entsprechenden Abweichungen zwischen Männern und Frauen, weshalb dieses Ergebnis eher als situationsabhängiger Ausreißer zu werten ist als die sonst fehlende Geschlechterkluft.
- Der *gender gap* bei den Grünen zeigt sich situationsabhängig. In Wien und im Burgenland war der Unterschied zwischen Frauen und Männern praktisch kaum nachweisbar, in der Steiermark hingegen klar zu erkennen. Angesichts der Ergebnisse der Partei bei der jeweiligen Wahl liegt die These nahe, dass der Unterschied zwischen den Geschlechtern von Gewinnen oder Verlusten abhängt. Verlieren die Grünen wie in Wien und im Burgenland, dann ist das Wahlverhalten relativ ausgeglichen. Der Zugewinn in der Steiermark hingegen war offenbar vor allem von

Frauen getragen. Das mobilisierbare – und gleichzeitig jedoch auch wieder verlierbare – Stimmenpotenzial der Grünen scheint damit vor allem weiblich zu sein.

3.2 Wahlverhalten nach Alter

Der *generation gap* als Ausprägung unterschiedlicher Parteipräferenzen nach dem Alter der WählerInnen war aufgrund der Differenzierung in drei Gruppen etwas weniger eindeutig als Abweichungen nach dem Geschlecht, doch lassen sich Tendenzen festhalten (siehe Tab. 5). 2010 waren es vor allem die SPÖ und die Grünen sowie mit Abstrichen die FPÖ, bei denen sich ein *generation gap* finden ließ.

So erreichte die SPÖ jeweils bei Personen über 60 Jahren ihre besten Werte, und lag knapp bei oder über der absoluten Stimmenmehrheit in dieser Gruppe. Umgekehrt hatte sie Schwächen vor allem bei Jugendlichen und jungen Menschen bis unter 30 Jahren. Im Burgenland war sie hier nur die zweitstärkste Partei. Die Grünen waren in dieser Zielgruppe stärker und übertrafen ihre Gesamtergebnisse um mehrere Prozentpunkte. Ihr Problem waren 2010 erneut ältere WählerInnen (für Vergleichszahlen bei anderen Wahlen siehe etwa Filzmaier/ Perlot 2008, 11, Filzmaier u. a. 2008, 27–29). Die ÖVP schnitt – ähnlich wie beim geschlechtsspezifischen Wahlverhalten – je nach Anlass unterschiedlich stark oder schwach in den verschiedenen Altersgruppen ab. Ein konstanter Trend ließ sich nicht ablesen. Auffällig bei der FPÖ war das vergleichsweise starke Abschneiden bei älteren Personen in Wien, das den Ergebnissen in der Steiermark und im Burgenland 2010 widersprach, sich aber schon 2005 angedeutet hatte (OGM 2005).

Tabelle 5: Altersspezifisches Wahlverhalten

		SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne	BZÖ	KPÖ	LBL
Burgenland	16–29	30 (-18)	37 (+2)	22 (+13)	10 (+6)	–	–	1 (-3)
	30–59	48 (0)	35 (0)	10 (+1)	4 (0)	–	–	3 (-1)
	60+	59 (+11)	35 (0)	2 (-7)	1 (-3)	–	–	2 (-2)
	Gesamt	48	35	9	4	–	–	4
Steiermark	16–29	34 (-4)	32 (-5)	15 (+4)	11 (+5)	6 (+3)	2 (-2)	–
	30–59	38 (0)	39 (+2)	9 (-2)	6 (0)	3 (0)	5 (+1)	–
	60+	50 (+12)	39 (+2)	3 (-8)	2 (-4)	3 (0)	2 (-2)	–
	Gesamt	38	37	11	6	3	4	
Wien	16–29	43 (-1)	13 (-1)	23 (-3)	20 (+7)	1 (0)	0 (-1)	–
	30–59	44 (0)	14 (0)	23 (-3)	15 (+2)	1 (0)	2 (+1)	–
	60+	50 (+6)	15 (+1)	27 (+1)	5 (-8)	1 (0)	1 (0)	–
	Gesamt	44	14	26	13	1	1	–

Angaben in Prozent, Zahlen in Klammer geben die Differenz in Prozentpunkten bezogen auf das gerundete Ergebnis der jeweiligen Partei an. Der Rest auf 100 geht an sonstige Parteien bzw. sind Rundungsfehler.

Quelle: ISA/SORA (2010a), (2010b), (2010c). Es handelt sich um repräsentative CATI-Telefonbefragungen mit Stichproben von Burgenland $n = 1.025$, Steiermark $n = 1.004$, Wien $n = 2.007$. Die maximale »Schwankungsbreite« beträgt somit im Burgenland $\pm 3,1$ Prozent, in der Steiermark $\pm 3,2$ Prozent und in Wien $\pm 2,2$ Prozent.

3.3 Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht in Kombination

Dem Vorteil der eindeutigen Zuordenbarkeit der Kategorien Alter und Geschlecht steht der Nachteil einer vereinfachten Darstellung von Subgruppen gegenüber. Sie sind nur Teil eines komplexen soziodemographischen Profils, welches die Stimmabgabe für eine Partei beeinflussen kann. Alter ist mit dem beruflichen Status beispielsweise insofern verbunden, als junge WählerInnen großteils in Ausbildung stehen, Menschen jenseits der 60 Jahre aber bereits großteils im Ruhestand sind. Auch das Geschlecht ist eine Kategorie, hinter der weitere Variablen wie Erwerbstätigkeit oder formale Bildung stehen (Plasser/ Ulram 2000, 188).

Allerdings scheitert die aussagekräftige Aufteilung der WählerInnen in Kleingruppen an den zur Verfügung stehenden Fallzahlen. Männliche Arbeiter unter 30 Jahren erreichen beispielsweise ebenso eine zu geringe Gruppengröße wie Frauen jenseits des 60. Lebensjahres, die eine Hochschule besucht haben. Eine machbare Vertiefung der Auswertung ist hingegen die Kombination von Alter und Geschlecht (siehe Tab. 6, S. 132).

In dieser Auswertung zeigen sich teils drastische Ausreißer, wobei mit wenigen Ausnahmen vor allem die Gruppe der jungen WählerInnen gespalten ist. Eindrucksvoll ist etwa die Polarisierung zwischen Männern und Frauen unter 30 Jahren im Burgenland. Erstere wählten mit einem Anteil von rund 31 Prozentpunkten mehr die ÖVP. Die korrespondierende Kluft findet man in ähnlichem Umfang bei der SPÖ, die von Wählerinnen in diesem Alter deutlich bevorzugt wurde. Die Grünen waren bei jungen Frauen ebenfalls stärker. Die FPÖ wurde vermehrt von jungen Männern gewählt (wobei der Unterschied hier in der Steiermark am größten ist).

Die weiteren Detailergebnisse zeigen, dass FPÖ und Grüne am ehesten über eine vergleichsweise stabile WählerInnenbasis unter jungen Männern und Frauen verfügen, die Unterschiede bei den Großparteien wechseln hingegen von Wahl zu Wahl. So wurde die SPÖ in der Steiermark verstärkt von Männern mittleren Alters gewählt, in Wien waren es jedoch die Frauen dieser Gruppe, die mehr zu dieser Partei tendierten. Unterstützten Wählerinnen über 60 wiederum vor allem die SPÖ in Wien, so entschieden sich in der Steiermark Männer wie Frauen dieses Alters zu gleichen Teilen für diese Partei.

Interessant ist in diesem Zusammenhang das Wiener Ergebnis der Grünen, das weit weniger stark zwischen den Geschlechtern streut, als man es erwarten könnte. Erreicht die Partei in Burgenland und Steiermark etwa bei jungen Frauen noch knapp zweistellige Differenzwerte, weicht das Wahlverhalten in der Bundeshauptstadt weniger weit ab.

Der Männerüberhang bei der FPÖ zieht sich fast ohne Ausnahme durch die Altersgruppen. Bemerkenswert ist hier wiederum Wien. Hier korrespondiert eine stärkere Unterstützung der Partei durch Männer jenseits der 60 – die hier noch stärker für die FPÖ stimmten als Männer unter 30 – mit einem weiblichen Überhang bei der SPÖ. Die genannten Parteien konnten offensichtlich die jeweilige Gruppe erfolgreich im Wahlkampf für sich mobilisieren.

Tabelle 6: Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht

	Gruppe	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne
Burgenland	Männer 16–29	19	47	26	7
	Frauen 16–29	52	16	15	16
	PPD	+33	-31	-11	+9
	Männer 30–59	44	36	15	3
	Frauen 30–59	54	34	3	5
	PPD	+10	-2	-12	+2
	Männer 60+	55	34	4	3
	Frauen 60+	61	36	2	0
	PPD	+6	+2	-2	-3
Steiermark	Männer 16–29	32	38	23	6
	Frauen 16–29	35	25	7	17
	PPD	+3	-13	-16	+11
	Männer 30–59	44	37	7	2
	Frauen 30–59	32	41	10	9
	PPD	-12	+4	+3	+7
	Männer 60+	50	37	5	1
	Frauen 60+	50	41	0	3
	PPD	0	+4	-5	+2
Wien	Männer 16–29	40	12	27	18
	Frauen 16–29	46	13	18	22
	PPD	+6	+1	-9	+4
	Männer 30–59	40	15	26	13
	Frauen 30–59	48	13	20	16
	PPD	+8	-2	-6	+3
	Männer 60+	44	14	32	6
	Frauen 60+	55	15	23	4
	PPD	+11	+1	-9	-2

Anmerkungen: Angaben in Prozent, Differenz in Prozentpunkten (Percentage Points Difference/PPD). Ein positives Ergebnis in der Differenz bedeutet, dass mehr Frauen als Männer in der jeweiligen Altersgruppe die Partei gewählt haben, ein negatives den umgekehrten Fall. Abweichungen auf 100 Prozent ergeben sich durch Rundungsfehler. Auf eine Darstellung der Kleinparteien wird aufgrund der geringen Aussagekraft bedingt durch die geringen Stimmenanteile verzichtet.

Quelle: ISA/SORA (2010a), (2010b), (2010c). Es handelt sich um repräsentative CATI-Telefonbefragungen mit Stichproben von Burgenland $n = 1.025$, Steiermark $n = 1.004$, Wien $n = 2.007$. Die maximale »Schwankungsbreite« beträgt somit im Burgenland $\pm 3,1$ Prozent, in der Steiermark $\pm 3,2$ Prozent und in Wien $\pm 2,2$ Prozent.

4. Die Gruppe der NichtwählerInnen

Die Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen 2010 entwickelte sich unterschiedlich. Während sie in Wien von einem vergleichsweise geringen Niveau 2005 wieder stieg, sank sie im Burgenland und der Steiermark jeweils um einige Prozentpunkte. Öster-reichweit gesehen stellen die drei Bundesländer keine spezifischen Ausnahmen dar: Die Beteiligung an Landtagswahlen schwankt seit längerer Zeit zwischen einem längerfristigen Absinken und punktuellen Wiederanstiegen (Filzmaier 2007, 46). Sie ist auch

im jeweiligen Kontext zu interpretieren, wobei man die These aufstellen kann, dass kompetitive Wahlen, unklare Stärkeverhältnisse zwischen den Parteien oder ein polarisierend geführter Wahlkampf tendenziell für eine Zunahme sorgen können.

Ebenso entscheidend ist es, inwieweit Parteien ihre StammwählerInnen mobilisieren. Der Einbruch der Wahlbeteiligung in Wien 2005 war beispielsweise auch mit einer schwachen Mobilisierung der SPÖ und der FPÖ zu erklären. Das Ansteigen der Beteiligung auf knapp 68 Prozent fünf Jahre später lässt sich in großen Teilen wiederum mit einer nun besseren Mobilisierung und mit einer stärkeren Zuspitzung auf Fragen der absoluten Mehrheit und auf die Auseinandersetzung zwischen den beiden Parteien begründen.

Hinsichtlich der Rückgänge der Wahlbeteiligung stützen die empirischen Daten 2010 diese Thesen allerdings nur bedingt. Kann man die gesunkene Wahlbeteiligung im Burgenland noch mit einem über Jahrzehnte relativ klaren Kräfteverhältnis der Parteien erklären, so widerspricht das Minus von knapp sieben Prozentpunkten in der Steiermark der dortigen kompetitiven Ausgangslage, welche einen Sieg für SPÖ oder für ÖVP möglich erscheinen ließ. Eine vermeintlich spannende Wahl ist somit noch kein Garant für eine hohe Wahlbeteiligung, wenn sich das nicht in den Inhalten der Kampagnenführung niederschlägt. Speziell in der Steiermark konnte zudem von keiner der Großparteien vermittelt werden, welchen Unterschied es für WählerInnen machen würde, welche Partei erstplatziert ist und den Landeshauptmann stellt. Auch das Proporzsystem mit einer ohnehin anteiligen Vertretung in der Regierung erschwert eine solche Vermittlung.

Die Motive der NichtwählerInnen sind schwer zu erheben, da ihre Erfassung auf einem Interview zur Wahlteilnahme beruhen, der sie sich aber aus welchen Gründen auch immer von vornherein enthalten. Anders gesagt: Wer den Wahlgang verweigert, zeigt oft auch keine große Bereitschaft, seine Zeit den WahlforscherInnen und deren Fragestellungen zu widmen. Dennoch können aus den entsprechenden Ergebnissen der Wahltagsbefragung ungefähre Ursachen für das Fernbleiben von den Wahlen 2010 herausgelesen werden (siehe Tab. 7).

Der Vergleich der Nichtwahlmotive zeigt, dass vor allem ein als unattraktiv empfundenen Angebot an KandidatInnen oder Parteien – diese Ursachen könnte man

Tabelle 7: Nichtwahlmotive im Vergleich

	Burgenland	Steiermark	Wien
Unattraktive KandidatInnen	18	14	16
Von Partei enttäuscht	15	15	14
Unattraktive Parteien	14	16	17
Kein Interesse	10	8	7
Protest	10	14	14

Angaben in Prozent, »stimme sehr zu«. Gestützte Abfrage, Mehrfachantworten.

Quelle: ISA/SORA (2010a), (2010b), (2010c). Die Fallzahlen der NichtwählerInnen innerhalb der Stichproben betragen rund n = 280 (Burgenland), rund n = 360 (Steiermark) und rund n = 780 (Wien).

zusammenfassen, womit sie bis zu ein Drittel der NichtwählerInnen betreffen – ein wichtiger Grund für das Fernbleiben von der Wahl waren. Dazu kamen die Enttäuschung über die bisher gewählten Gruppierungen und, etwas abgestuft zwischen den Ländern, der Wunsch, mit dem eigenen Verhalten einen Protest auszudrücken. Ein fehlendes Interesse an der Wahl wurde ebenfalls noch genannt. Situationsabhängig erhobene Motive – wie im Burgenland die Meinung, dass die Wahl nichts ändere, und in der Steiermark der Vorwurf von Misswirtschaft und Skandalen an die Politik – erhielten eine ähnliche Zustimmung wie die sonst meistgenannten Ursachen für die Nichtwahl. Informationsmangel liegt hingegen demnach kaum vor.

Bei den NichtwählerInnen handelt es sich größtenteils um habituelle NichtwählerInnen, die sich bereits relativ weit von der Politik entfernt haben und selten nur durch einen bestimmten Grund bzw. durch situative Ursachen angetrieben werden (Filzmaier u. a. 2008, 33). In diese Richtung deutet ebenfalls die relativ hohe Behalterate des Lagers der NichtwählerInnen bei Wählerstromanalysen hin (SORA 2010a, b, c).

5. Wahlmotive nach Parteien und soziodemographischen Gruppen

Bei den vorliegenden Erhebungen wurden die Wahlmotive gestützt abgefragt, da eine Codierung offener Fragen mit dem Anspruch der Aktualität medialer Wahltagsbefragungen nicht vereinbar ist. Die Auswahl der Motive, die aus einem standardisierten Teil und einem kleinen parteispezifischen Teil bestanden, beruhte auf Erfahrungswerten bzw. auf wahrgenommenen Schwerpunkten im Wahlkampf.

Wahlmotive sind vielfältig und können sowohl auf der Bewertung der bisher geleisteten Arbeit als auch auf in die Zukunft gerichteten Erwartungen basieren. Ebenso können sie sich an den jeweiligen SpitzenkandidatInnen orientieren oder eine bestehende Identifikation mit der Partei zum Ausdruck bringen. Kompetenz- und Themenzuschreibungen als Wahlmotive reichen wiederum von einer allgemeinen Interessenvertretung bis zu spezifischen Aspekten, wie etwa den subjektiv besten Konzepten gegen Arbeitslosigkeit oder für die Wirtschaft. Wahlmotive unterscheiden sich schließlich auch darin, ob eine Veränderung erreicht oder der Status quo aufrechterhalten werden möchte.

So wollten drei von vier SPÖ-WählerInnen im Burgenland mit ihrer Stimme dazu beitragen, dass Hans Niessl weiterhin Landeshauptmann bleibt. Zusätzlich war eine Vorzugsstimme für die Person möglich, welche wahlrechtlich höherwertiger als die Parteistimme gilt, d. h. eine Nennung Niessls bei gleichzeitigem Ankreuzen der ÖVP gilt als SPÖ-Stimme, ohne dass allerdings eine gesonderte zahlenmäßige Erfassung solcher Stimmen erfolgt. Ähnlich deutlich ausgeprägt waren bei den SPÖ-WählerInnen die beste Interessenvertretung und das StammwählerInnenmotiv. Auch die Ansicht, dass die SPÖ bisher gute Arbeit in der Landesregierung geleistet habe, nannten nahezu zwei Drittel ihrer WählerInnen auf die Frage nach ihrem Wahlmotiv (siehe Tab. 8).

Bei den burgenländischen ÖVP-WählerInnen stand das StammwählerInnenmotiv an erster Stelle: 65 Prozent gaben dieses als sehr wichtigen Faktor für ihre Stimmabgabe an. Ein weiteres gewichtiges Motiv für diese Gruppe bestand darin, die absolute Mehr-

Tabelle 8: Wahlmotive bei der Landtagswahl Burgenland

	SPÖ- WählerInnen	ÖVP- WählerInnen	FPÖ- WählerInnen
Niessl soll Landeshauptmann bleiben	73	–	–
Vertritt meine Interessen	68	55	51
StammwählerIn	67	65	20
Bisher gute Arbeit in Landesregierung	63	42	–
Führt Burgenland in richtige Richtung	61	45	27
Spitzenkandidat	58	35	32
Setzt auf wichtige Themen	57	49	61
SPÖ soll Absolute behalten	55	–	–
Verlust der Absoluten der SPÖ	–	60	64
Mehrheit ÖVP und FPÖ verhindern	46	–	–
Für Mehrheit ÖVP und FPÖ	–	15	36
Beste Konzepte gegen Arbeitslosigkeit	44	31	30
Verhalten der SPÖ gegen Eberau	38	–	–
Wahlwerbung	21	11	19
Beste Konzepte für Wirtschaft	–	52	–
Tritt gegen Zuwanderung auf	–	–	72
FPÖ in Landesregierung	–	–	64

Angaben in Prozent der ParteiwählerInnen, mit Reihung nach der stimmenstärksten Partei. Mehrfachnennungen möglich, vorgegebene Kategorien; die leeren Zellen verweisen darauf, dass die entsprechende Kategorie für die jeweilige Partei nicht gefragt wurde; aufgrund der geringen Fallzahlen können die Wahlmotive für die Grünen und die LBL nicht ausgewiesen werden.

Quelle: ISA/SORA (2010a), n = 1.025. Die maximale »Schwankungsbreite« beträgt +/-3,1 Prozent.

heit der SPÖ brechen zu wollen. Von über 50 Prozent genannt folgten die Ansichten, dass die eigenen Interessen von der ÖVP am besten vertreten würden, und dass diese Partei die besten Konzepte für die Wirtschaft bereithalte.

Für nahezu drei von vier FPÖ-WählerInnen stand bei ihrer Wahlentscheidung der Auftritt der Partei gegen Zuwanderung im Vordergrund. An zweiter Stelle folgte das Motiv, dass die SPÖ die absolute Mehrheit verlieren und die FPÖ in der kommenden Landesregierung vertreten sein solle (jeweils 64 Prozent der Nennungen). Schließlich gaben 61 Prozent der FPÖ-WählerInnen an, die FPÖ gewählt zu haben, da sie auf die wichtigen Themen setze.

In der Steiermark entschieden sich die WählerInnen tendenziell aus denselben Gründen wie im Burgenland für die SPÖ: So wollte der Großteil von ihnen (71 Prozent), dass Franz Voves Landeshauptmann bleibt. Dahinter folgten mit jeweils 58 Prozent die StammwählerInnen und jene WählerInnen, die ihre Interessen von der SPÖ am besten vertreten sahen. Wiederum für mehr als die Hälfte (54 Prozent) von ihnen war ausschlaggebend, dass die SPÖ bisher gute Arbeit in der Landesregierung geleistet habe (siehe Tab. 9, S. 136).

Für die ÖVP-WählerInnen standen bei ihrer Entscheidung für diese Partei das StammwählerInnen- sowie Interessenmotiv und das Anliegen im Vordergrund, dass

die ÖVP den künftigen Landeshauptmann stellen solle (jeweils 53 Prozent). Dieser Wert ist allerdings im Vergleich zum Wert für das Motiv der SPÖ-WählerInnen, Franz Voves zu halten, niedriger, was angesichts des im Wahlkampf geäußerten Führungsanspruchs der ÖVP auf eine geringere Zugkraft des Spitzenkandidaten hindeutet. Fast jede/r zweite ParteiwählerIn gab der ÖVP außerdem ihre/seine Stimme, weil sie die Steiermark in die richtige Richtung führen könne.

Das häufigste Motiv, FPÖ zu wählen, war wiederum das Auftreten der Partei gegen Zuwanderung: 71 Prozent der FPÖ-WählerInnen gaben dies als sehr wichtigen Grund für ihre Wahlentscheidung an. Bereits deutlich dahinter folgte der Wunsch, dass die FPÖ in die Landesregierung kommt (57 Prozent). Jede/r zweite WählerIn war außerdem der Ansicht, die FPÖ setze auf die wichtigen Themen und vertrete ihre/seine Interessen am besten.

Für die Grün-WählerInnen stand bei ihrer Wahlentscheidung der Einsatz der Partei für Umwelt- und Klimaschutz ganz oben auf der Motivliste: 69 Prozent gaben aus eben diesem Grund ihre Stimme den Grünen. Ein weiteres wichtiges Wahlmotiv bestand darin, dass die Partei einen Gegenpol zur FPÖ darstelle (64 Prozent). Dahinter

Tabelle 9: Wahlmotive bei der Landtagswahl Steiermark

	SPÖ- WählerInnen	ÖVP- WählerInnen	FPÖ- WählerInnen	Grün- WählerInnen
Voves soll Landeshauptmann bleiben	71	–	–	–
ÖVP soll Landeshauptmann stellen	–	53	–	–
StammwählerIn	58	53	26	33
Vertritt meine Interessen	58	53	52	63
Bisher gute Arbeit in Landesregierung	54	37	–	–
Partei soll in Landesregierung	–	–	57	58
Setzt auf wichtige Themen	51	43	55	53
Führt Steiermark in richtige Richtung	50	48	34	28
Spitzenkandidat	46	27	27	14
Einsatz für Vermögenssteuer	41	–	–	–
Beste Konzepte gegen Arbeitslosigkeit	39	20	15	16
Mehrheit ÖVP und FPÖ verhindern	38	–	–	–
Gegenpol zur FPÖ	–	–	–	64
Ist kleinstes Übel	31	23	41	20
Wahlwerbung	10	10	17	15
Beste Konzepte für Wirtschaft	–	47	–	–
Tritt gegen Zuwanderung auf	–	–	71	–
Kontrolle von Missständen	–	–	45	34
Umwelt- und Klimaschutz	–	–	–	69

Angaben in Prozent der ParteiwählerInnen mit Reihung nach der stimmenstärksten Partei. Mehrfachnennungen waren möglich, vorgegebene Kategorien; die leeren Zellen verweisen darauf, dass die entsprechende Kategorie für die jeweilige Partei nicht gefragt wurde; aufgrund der geringen Fallzahlen können die Wahlmotive für die anderen kandidierenden Parteien nicht ausgewiesen werden.

Quelle: ISA/SORA (2010b), n = 1.004. Die maximale »Schwankungsbreite« beträgt +/-3,2 Prozent.

folgten die beste Interessenvertretung (63 Prozent) und schließlich der Wunsch, dass die Grünen in der kommenden Landesregierung vertreten sein sollten (58 Prozent).

Bei den Landtags- und Gemeinderatswahlen in Wien war der Erhalt oder das Brechen der absoluten Mehrheit der SPÖ ein wichtiges Motiv der WählerInnen. Immerhin 58 Prozent der SPÖ-WählerInnen gaben der SPÖ aus diesem Grund ihre Stimme. Auf die Frage nach weiteren Gründen für ihre Entscheidung für diese Partei übertraf der Wunsch, dass Michael Häupl Bürgermeister bleiben solle (73 Prozent), dieses Motiv noch deutlich. Dahinter folgte die Ansicht, dass die SPÖ bisher gute Arbeit in der Landesregierung geleistet habe (61 Prozent). Jede/r zweite ParteiwählerIn gab als ihr/sein Motiv für eine SPÖ-Stimme schließlich noch an, dass diese Partei Wien in die richtige Richtung führen könne (siehe Tab. 10).

Tabelle 10: Wahlmotive bei der Landtagswahl Wien

	SPÖ- WählerInnen	ÖVP- WählerInnen	FPÖ- WählerInnen	Grün- WählerInnen
Häupl soll Bürgermeister bleiben	73	–	–	–
Strache soll Bürgermeister werden	–	–	26	–
Bisher gute Arbeit in Landesregierung	61	–	–	–
SPÖ soll Absolute behalten	58	–	–	–
SPÖ soll Absolute verlieren	–	56	69	15
Für Koalition SPÖ - ÖVP	–	28	–	–
Für Koalition SPÖ - Grüne	–	–	–	35
Führt Wien in richtige Richtung	52	39	38	37
Vertritt meine Interessen	51	54	53	52
StammwählerIn	47	46	26	39
Setzt auf wichtige Themen	46	46	56	47
SpitzenkandidatIn	37	24	38	22
Beste Konzepte gegen Arbeitslosigkeit	32	20	16	10
Beste Vorschläge für Zusammenleben	30	23	41	43
Beste Konzepte für Wirtschaft	–	51	–	–
Tritt gegen Zuwanderung auf	–	–	68	–
Kontrolle von Missständen	–	–	48	–
Umwelt- und Klimaschutz	–	–	–	77
Gegenpol zur FPÖ	–	–	–	64

Angaben in Prozent der ParteiwählerInnen, mit Reihung nach der stimmenstärksten Partei. Mehrfachnennungen möglich, vorgegebene Kategorien; die leeren Zellen verweisen darauf, dass die entsprechende Kategorie für die jeweilige Partei nicht gefragt wurde; aufgrund der geringen Fallzahlen können die Wahlmotive für die anderen kandidierenden Parteien nicht ausgewiesen werden.

Quelle: ISA/SORA (2010c), n = 2.007. Die maximale »Schwankungsbreite« beträgt +/-2,2 Prozent.

Für die ÖVP-WählerInnen stand wiederum der Verlust der SPÖ-Absoluten im Vordergrund: 56 Prozent nannten dies als Grund für ihre Wahlentscheidung. Dahinter folgten die Ansicht der WählerInnen, dass ihre Interessen von der ÖVP am besten vertreten würden (53 Prozent), und das Vertrauen darauf, dass die ÖVP die besten Konzepte für die Wirtschaft habe (51 Prozent).

Auch unter FPÖ-WählerInnen nahm der Wunsch, dass die SPÖ ihre absolute Mehrheit verliere, den ersten Platz bei den Motiven für ihre Wahlentscheidung ein: 69 Prozent gaben aus diesem Grund der Partei ihre Stimme. Ein zweites wichtiges Wahlmotiv war das Auftreten der FPÖ gegen Zuwanderung (68 Prozent). Weitere 56 Prozent der FPÖ-WählerInnen waren der Ansicht, dass die Partei auf die wichtigen Themen setze, und 53 Prozent fühlten ihre Interessen am besten durch die FPÖ vertreten. Das im Wahlkampf stilisierte Duell der Spitzenkandidaten von FPÖ und SPÖ um den Bürgermeistersessel und die Zielvorgabe, diesen zu gewinnen, war hingegen kein wesentliches Motiv für die WählerInnen der FPÖ.

Bei den Grün-WählerInnen stand wiederum der Einsatz der Partei für den Umwelt- und Klimaschutz an erster Stelle der Wahlmotive (77 Prozent), gefolgt von der Ansicht, dass die Grünen einen Gegenpol zur FPÖ darstellten (64 Prozent). Jede/r zweite Grün-WählerIn war außerdem der Meinung, dass ihre/seine Interessen von dieser Partei am besten vertreten würden und die Grünen auf die wichtigen Themen setzten.

6. Der überregionale Vergleich: Amtsinhaberbonus und Personalisierung als Entscheidungsfaktor?

Bei Betrachtung der Wahlmotive über drei Bundesländer hinweg zeigt sich, dass bei den SPÖ-WählerInnen im Burgenland, in der Steiermark und in Wien die Beibehaltung des regierenden Landeshauptmanns im Vordergrund stand. Demgegenüber ging es für die ÖVP-WählerInnen im Burgenland und in Wien darum, die Dominanz der SPÖ zu brechen bzw. – bei anderer Ausgangslage in der Steiermark – wieder selbst den Landeshauptmann stellen zu können.

Das Motiv Kampf gegen die absolute Mehrheit der SPÖ war auch unter FPÖ-WählerInnen im Burgenland und in Wien stark vertreten. Nur in der Steiermark stand die Stärkung der eigenen Partei durch den Einzug in die Landesregierung im Vordergrund. Letzteres war in der Steiermark auch den WählerInnen der Grünen ein wichtiges Anliegen. In Wien war jedoch für die GrünpräferentInnen ein Auftreten gegen die FPÖ wichtiger.

Im Burgenland und in der Steiermark konnten sich SPÖ und ÖVP außerdem auf ein bedeutendes Reservoir an StammwählerInnen verlassen. Im Vergleich dazu kam den StammwählerInnen im urbanen Wien eine deutlich geringere Rolle zu. FPÖ und Grüne konnten in allen drei Wahlen vor allem mit der ihnen zugeschriebenen Themenkompetenz punkten. Während für die FPÖ-WählerInnen das Auftreten der Partei gegen Zuwanderung in allen drei Bundesländern das wichtigste Wahlmotiv darstellte, war dies für die Grün-WählerInnen der Einsatz ihrer Partei für Umwelt- und Klimaschutz.

Schließlich zeigte die Analyse der Wahlmotive noch, dass aktuelle und teils heftig diskutierte Themen wie ein mögliches Asyl-Erstaufnahmezentrum in Eberau im Burgenland – zu dem letzten Endes eine negativ ausgehende Volksbefragung durchgeführt wurde – oder die Diskussion über die Vermögenssteuer in der Steiermark eine in Hinblick auf die Wahlmotive deutlich untergeordnete Rolle spielten.

Für die unterschiedlichen soziodemographischen Gruppen von WählerInnen konnten aufgrund der Fallzahlen in der Stichprobe nur grobe Aussagen in Bezug auf Unterschiede in ihren Wahlmotiven in Wien getroffen werden. Was sich jedoch deutlich zeigt ist, dass

- die StammwählerInnen der SPÖ vor allem unter älteren WählerInnen zu finden waren, während sich bei den Grünen und der FPÖ dieses Motiv eher bei jüngeren WählerInnen fand.
- Die StammwählerInnen der ÖVP waren wiederum eher weiblich, während für die ÖVP-Wähler die Wirtschaftskompetenz der Partei ein stärkeres Motiv darstellte als für ihre Wählerinnen.
- Jüngeren und älteren FPÖ-WählerInnen in Wien war das Auftreten der Partei gegen Zuwanderung wichtiger als freiheitlichen AnhängerInnen zwischen 30 und 59 Jahren. Für diese war das Brechen der absoluten Mehrheit der SPÖ in Wien ein gewichtiger Grund.
- Unter den Grün-WählerInnen waren es schließlich vor allem die Frauen, die mit ihrer Wahlentscheidung ein Zeichen gegen die FPÖ setzen wollten. Dies deckt sich mit der Soziodemographie der ParteiwählerInnen, denn während die Grünen mehr Wählerinnen als Wähler haben, zeigt sich für die FPÖ ein umgekehrtes Bild. Dieses Phänomen, in zunehmendem Ausmaß seit den 1990er-Jahren zu beobachten, ist darauf zurückzuführen, dass der rechtspopulistische Kurs der FPÖ mehr Männer als Frauen anzieht, während die Attraktivität der urbanen Grünen für Frauen höher ist als für Männer (Hofinger/ Ogris 1996).

Das vorangehende Kapitel hat zudem gezeigt, dass ein wichtiges Motiv der WählerInnen von Parteien, die den Landeshauptmann stellen, darin besteht, dass der jeweilige Amtsinhaber seine Funktion behalten soll. Wird die Person als Motiv davon getrennt betrachtet, zeigt sich, dass dieses von deutlich weniger WählerInnen als Motiv für ihre Wahlentscheidung genannt wird: So wählten im Burgenland 73 Prozent der WählerInnen SPÖ, damit Hans Niessl Landeshauptmann bleibt, allerdings gaben trotz Vorzugsstimmenwahlkampfes im Vergleich »nur« 58 Prozent der SPÖ aufgrund des Spitzenkandidaten Niessl ihre Stimme. Ähnliches zeigte sich für die Steiermark, wo sich zwar 71 Prozent der SPÖ-WählerInnen für diese Partei entschieden, um Franz Voves weiterhin in der Funktion des Landeshauptmanns zu sehen. Jedoch nicht einmal jede/r zweite WählerIn (46 Prozent) wählte die SPÖ aufgrund des Spitzenkandidaten Voves. Dennoch war sowohl im Burgenland als auch in der Steiermark das Motiv Spitzenkandidat für die WählerInnen der SPÖ deutlich wichtiger als für die WählerInnen der anderen Parteien.

Zudem war das Motiv Spitzenkandidat bei den SPÖ-WählerInnen im Burgenland und in der Steiermark deutlich stärker ausgeprägt als in Wien. Zwar gaben auch in Wien 73 Prozent der WählerInnen an, die SPÖ gewählt zu haben, damit Michael Häupl Bürgermeister bleibt, jedoch nannte kaum mehr als jede/r dritte WählerIn (37 Prozent) den Spitzenkandidaten Häupl als Wahlmotiv. Zudem erreichte Heinz-Christian Strache als Spitzenkandidat der FPÖ einen ähnlich hohen Wert (38 Prozent) wie Michael Häupl, womit dieses Wahlmotiv bei der FPÖ in Wien deutlich stärker ausgeprägt war

als im Burgenland und in der Steiermark. Dass Heinz-Christian Strache Bürgermeister werden solle, nannte allerdings nur jede/r vierte FPÖ-WählerIn als sehr wichtiges Motiv für die Wahlentscheidung. Damit erreichte der Herausforderer nicht annähernd die Werte des Amtsinhabers Häupl (siehe Tab. 11).

Tabelle 11: Wahlmotiv Spitzenkandidat und Direktwahl Landeshauptmann

	Burgenland				Steiermark				Wien			
	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne
SpitzenkandidatIn	58	35	32	–	46	27	27	14	37	24	38	22
Direktwahl LH	39	25	5	–	31	22	4	2	38	6	10	3

Angaben bei den SpitzenkandidatInnen in Prozent der ParteiwählerInnen, bei der Direktwahlfrage in Prozent aller Befragten.

Quelle: ISA/SORA (2010 a), (2010b), (2010c), Burgenland n = 1.025, Steiermark n = 1.004, Wien n = 2.007. Die maximale »Schwankungsbreite« beträgt im Burgenland +/-3,1 Prozent, in der Steiermark +/-3,2 Prozent und in Wien +/-2,2 Prozent.

Die jeweiligen SpitzenkandidatInnen erreichten bei einer zur Diskussion gestellten hypothetischen Direktwahl des Landeshauptmanns/der Landeshauptfrau keine besonders hohen Werte, wobei jedoch wiederum die Amtsinhaber deutlich mehr WählerInnen für sich verbuchen konnten als die KandidatInnen der anderen Parteien. So hätten 39 Prozent der BurgenländerInnen Hans Niessl (SPÖ) zum Landeshauptmann gewählt, 25 Prozent Franz Steindl (ÖVP) und fünf Prozent Johann Tschürtz (FPÖ). Ein knappes Drittel der SteiererInnen hätte bei einer Direktwahl des Landeshauptmannes ihre Stimme Franz Voves (SPÖ) gegeben, 22 Prozent hätten für Hermann Schützenhöfer (ÖVP) gestimmt, vier Prozent für Gerhard Kurzmann (FPÖ) und zwei Prozent für Werner Kogler (Grüne). Die WienerInnen hätten schließlich zu 38 Prozent Michael Häupl (SPÖ) gewählt, 10 Prozent hätten sich für Heinz-Christian Strache (FPÖ) entschieden, sechs Prozent für Christine Marek (ÖVP) und drei Prozent für Maria Vassilakou (Grüne). Es ist allerdings zu beachten, dass es sich um eine hypothetische Fragestellung wider das Wahlrecht handelt und dass dies, neben einer generellen Proteststimmung und Ablehnung aller Personen, die eher niedrigen Werte begründen könnte.

Diese Ergebnisse zeigen trotzdem, dass bei den drei Landtagswahlen den SpitzenkandidatInnen keine primäre wahlentscheidende Funktion zukam. Sogar nach sehr stark personalisierten Wahlkämpfen, wie jenem der FPÖ in Wien, reihte sich das Motiv Spitzenkandidat in der unteren Hälfte der genannten Motive ein. Die Person spielte jedoch eine Rolle, wenn es sich bei ihr um den aktuellen Amtsinhaber bzw. um Fragen von Stabilität oder Wechsel handelt. So war es für die SPÖ-WählerInnen in allen drei Bundesländern besonders wichtig, dass ihnen ihr Landeshauptmann in dieser Funktion erhalten blieb. Es ist also die Kombination von Amt und Person, die einen positiveren Einfluss auf die Wahlentscheidung haben kann als die einzelnen Faktoren für sich genommen.

7. Schlussfolgerungen und Ausblick

Die Landtagswahlen 2010 lassen – mit aller gebotenen Vorsicht aufgrund der Bedeutung der Spezifika von regionalen Gegebenheiten – einige generelle Rückschlüsse zu. Unter anderem hat sich gezeigt, dass der Spielraum für SPÖ und ÖVP durch erneute Zugewinne der FPÖ sichtbar geschmälert wurde. Dafür dürfte auch die bundespolitische Konstellation einer großen Koalition entscheidend sein. Zutreffende Hinweise, dass Verluste geringer als befürchtet ausgefallen seien, sind ebenso wie die möglichen Konsequenzen von gesuchten Konfrontationen der Landesparteien mit der Bundesregierung als »Was wäre wenn ...?«-Szenarien nicht abschätzbar. Beispiele für derartige Konfrontationen sind etwa im Burgenland das Thema Eberau oder in der Steiermark Fragen der Steuerpolitik.

Die Wahlmotive wiesen für alle Parteien auf unterschiedliche Prioritäten hin:

- Die Verteidigung der jeweiligen Landeshauptmannpositionen war für die SPÖ-WählerInnen ebenso entscheidend, wie der Kampf gegen absolute Mehrheiten ÖVP-AnhängerInnen mobilisierte. Parteipolitische Kräfteverhältnisse waren damit unter den WählerInnen der Regierungsparteien wichtigere Motive als inhaltliche Punkte oder Themen.
- Thematische Begründungen fanden sich in Form des Themas Zuwanderung stärker bei der FPÖ als Wahlmotiv, was sich freilich auf die Kampagnisierung von Themen und nicht auf inhaltliche Detailkonzepte bezieht.
- FPÖ-Zugewinne sind umgekehrt nicht als Regierungsauftrag zu interpretieren, im Gegenteil: Die Partei schaffte es vor allem, Protestpotenzial zu vereinen. Die Resultate in Wien haben darüber hinaus gezeigt, dass eine große Kluft zwischen den im Wahlkampf geäußerten Botschaften und den Erwartungen der WählerInnen liegen kann. Die FPÖ wurde hier eher trotz ihres massiv gestellten Bürgermeisteranspruchs gewählt.
- Die Grünen konnten zumindest in der Bundeshauptstadt mit ihrer Regierungsbeteiligung ein wichtiges Ziel erreichen und erfüllten mit dem Verbleib in den beiden anderen Landtagen quasi ihr Pflichtprogramm.
- Die anderen kandidierenden Kleinparteien ließen keine realistische Entwicklungschance über ihr jeweiliges Bundesland hinaus erkennen: 2010 war kein Jahr für sich neu formierende Parteien und Gruppierungen, die mittelfristig den innenpolitischen Markt in Österreich verändern könnten.

Für die Zukunft stellen sich parteispezifisch verschiedene Fragen:

- Für die SPÖ erwies sich nicht eine Partei als Hauptkonkurrent, sondern das Lager der NichtwählerInnen. Mit Ausnahme von Wien verlor sie in diese Richtung die meisten Stimmen. Eine Verteidigung ihrer Anteile oder gar Zugewinne können daher – abgesehen von dramatischen Verschiebungen in der innenpolitischen Landschaft – primär nur auf einer Mobilisierung der eigenen AnhängerInnen basieren, vor allem, da sie ältere Personen durchwegs stärker ansprechen konnte als andere Be-

- völkerungsgruppen. Für diese Strategie benötigt sie neben einem Thema einen klar definierten Konkurrenten. Paradoxerweise könnten ihr die Erfolge der FPÖ dabei helfen, da sie einen realistischen Gegner für die politische Auseinandersetzung formen.
- Die Verluste der ÖVP lassen sich mit den Rahmenbedingungen 2010 – die Landtagswahlen fanden in SPÖ-regierten Bundesländern statt, die ÖVP war Teil der wenig populären Bundesregierung – etwas relativieren. Umgekehrt bot jedoch die absolute Mehrheit der SPÖ in zwei Fällen ein sehr klar umrissenes Ziel, das die Partei nicht in prozentuelle Zugewinne ummünzen konnte. Die Stoßrichtung der Partei in Zukunft bleibt unklar. Eine logische Zielgruppe, nicht nur nach Alter oder Geschlecht, sondern etwa auch nach Erwerbstatus bzw. Berufsgruppe, war 2010 länderübergreifend nicht zu erkennen. Die mengenmäßig wichtige Gruppe der PensionistInnen wurde besser von der SPÖ angesprochen, im ebenfalls großen Segment der Angestellten konnte die ÖVP ebenso nicht übermäßig punkten.
 - Betrachtet man die Entwicklung des Stimmenanteils der FPÖ beginnend mit Ende der 1990er-Jahre, so waren die Wahlen 2010 ein weiterer Schritt, an frühere Stärke anzuknüpfen. Die nächsten plangemäßen Wahlen ab 2013 stellen damit in gewisser Weise ein unbekanntes Territorium dar. Die FPÖ hat unter jungen Männern mittlerweile ihre Position gefestigt. Mit dem starken Abschneiden bei älteren Personen in Wien ist es ihr zudem gelungen, bei einer potenziellen weiteren Zielgruppe Stimmen zu gewinnen. Zukünftige Erfolge werden für die FPÖ – mangels großer StammwählerInnenschaft wie SPÖ und ÖVP – in erster Linie davon abhängen, inwieweit sie in ihrer Kommunikation und Positionierung eine vorhandene Basis mobilisieren und gleichzeitig neue WählerInnenreservoirs ansprechen kann. Angesichts der Wahlmotive, die einer Regierungsbeteiligung keine Priorität einräumen, und einer relativ konstanten Isolierung durch andere Gruppierungen, die eine Einbindung in eine mehrheitsfähige Koalition ausschließt, stellt sich die Frage: Wie kann das strategische Ziel der Partei bei einer solchen Beteiligung trotzdem umgesetzt werden und wie wirkt sich das im Erfolgsfall unter ProtestwählerInnen mit bisheriger FPÖ-Präferenz aus?
 - Für die Grünen wird die Regierungsbeteiligung in Wien ein symbolischer Gradmesser werden, aus dem sich für den WählerInnenmarkt Argumente für oder gegen die Partei entwickeln können. Neben der Ansprache neuer WählerInnenschichten – die Schwäche bei Personen über 60 Jahren als größte WählerInnengruppe limitiert die Möglichkeiten der Grünen nach oben hin stark – müssen sie angesichts relativ niedriger Behalteraten danach streben, UnterstützerInnen längerfristig zu binden, wofür die Mitarbeit in einer Landesregierung vermutlich mehr Möglichkeiten bietet als die Oppositionsarbeit.

In Bezug auf künftige Landtagswahlen hängen jedoch die Perspektiven aller Parteien nach den wahllosen Jahren 2011/12 hauptsächlich von der Regierungskonstellation auf Bundesebene nach der spätestens im Herbst 2013 stattfindenden Nationalratswahl ab.

Literatur

- Amt der burgenländischen Landesregierung (2010) *Landtagswahl 2010*, verfügbar unter: <http://wahl.bgld.gv.at/wahlen/lt20100530.nsf>, 15. 2. 2011.
- Amt der steirischen Landesregierung (2010) *Landtagswahl 2010*, verfügbar unter: <http://www.verwaltung.steiermark.at/cms/ziel/50647382/DE/>, 15. 2. 2011.
- APA (Austria Presse Agentur) (2010) *Österreich: Niessl vor der Absoluten*, verfügbar unter: http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20100522_OTSo002/oesterreich-umfrage-niessl-vor-der-absoluten, 15. 2. 2011.
- Filzmaier, Peter (2007) *Ein unaufhaltbarer Sinkflug? Wahlbeteiligung in Österreich und anderswo*. In: Informationen zur Politischen Bildung, Nr. 27, 44–49.
- Filzmaier, Peter/Hajek, Peter (2007) *Die Nationalratswahl 2006: Ergebnisse und Wahlverhalten*. In: Filzmaier, Peter u. a. (Hg.) *Medien-demokratie Österreich*. Wien, 63–90.
- Filzmaier, Peter/Perlot, Flooh (2008) *Im Schatten des Nationalrats? Die Spannung der Landtags- und Gemeinderatswahlen 2008*. In: SWS-Rundschau, Nr. 4, 391–412.
- Filzmaier, Peter u. a. (2008) *Die Nationalratswahl 2008*. In: Filzmaier, Peter u. a. (Hg.) *Stichwort Wahlen*. Wien, 13–38.
- Hofinger, Christoph/Ogris, Günther (1996) *Achtung gender gap! Geschlecht und Wahlverhalten 1979–1995*. In: Plasser, Fritz u. a. (Hg.) *Wahlkampf und Wählerentscheidung. Analysen zur Nationalratswahl 1995*. Schriftenreihe des Zentrums für angewandte Politikforschung, Band 11. Wien, 211–232.
- ISA (Institut für Strategieanalysen)/SORA (Institute for Social Research and Consulting) (2010a) *ORF-Wahltagsbefragung zur burgenländischen Landtagswahl*, 30. Mai 2010, verfügbar unter: http://www.strategieanalysen.at/index.php?id=bg/bg_bgld_2010&nav=3, 15. 2. 2011.
- ISA (Institut für Strategieanalysen)/SORA (Institute for Social Research and Consulting) (2010b) *ORF-Wahltagsbefragung zur steirischen Landtagswahl*, 26. September 2010, verfügbar unter: http://www.strategieanalysen.at/index.php?id=bg/bg_ltw_stmk_2010&nav=4, 15. 2. 2011.
- ISA (Institut für Strategieanalysen)/SORA (Institute for Social Research and Consulting) (2010c) *ORF-Wahltagsbefragung zur Wiener Gemeinderatswahl*, 10. Oktober 2010, verfügbar unter: http://www.strategieanalysen.at/index.php?id=bg/bg_ltw_wien_2010&nav=4, 15. 2. 2011.
- Lengauer, Günther/Vorhofer, Hannes (2010) *Wahlkampf am und abseits des journalistischen Boulevards: Redaktionelle Politikvermittlung im Nationalratswahlkampf 2008*. In: Plasser, Fritz (Hg.) *Politik in der Medienarena. Praxis politischer Kommunikation in Österreich*. Wien, 145–192.
- Norris, Pippa (1999) *Gender: A Gender-Generation Gap?* In: Evans, Geoffrey/Norris, Pippa (eds.) *Critical Elections. British Parties and Voters in Long-Term Perspective*. Thousand Oaks, 148–163.
- OGM (Österreichische Gesellschaft für Marketing) (2005) *ORF-Wahltagsbefragung zur Wiener Gemeinderatswahl 2005*. Wien.
- Plasser, Fritz/Ullram, Peter A. (2000) *Parteien ohne Stammwähler? Zerfall der Parteibindungen und Neuausrichtung des österreichischen Wahlverhaltens*. In: Pelinka, Anton u. a. (Hg.) *Die Zukunft der österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen und Szenarien*. Wien, 169–202.
- Plasser, Fritz u. a. (2007) *Was Wähler(innen) bewegt: Parteien-, Themen und Kandidatenorientierungen 2006*. In: Plasser, Fritz/Ullram, Peter A. (Hg.) *Wechselwahlen. Analysen zur Nationalratswahl 2006*. Wien, 155–194.
- Schultze, Rainer-Olaf (2005) *Wählerverhalten*. In: Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf (Hg.) *Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe*. Band 2. München, 1128–1129.
- SORA (Institute for Social Research and Consulting) (2010a) *Wählerstromanalyse Burgenland 2010*, verfügbar unter: <http://www.sora.at/themen/wahlverhalten/wahlanalysen/ltw-bgld10.html>, 15. 2. 2011.
- SORA (Institute for Social Research and Consulting) (2010b) *Wählerstromanalyse Steiermark 2010*, verfügbar unter: <http://www.sora.at/themen/wahlverhalten/wahlanalysen/waehlerstromanalysen/ltw-stmk10.html>, 15. 2. 2011.
- SORA (Institute for Social Research and Consulting) (2010c) *Wählerstromanalyse Wien 2010*, verfügbar unter: <http://www.sora.at/themen/wahlverhalten/wahlanalysen/>

wahlerstromanalysen/grw-wien10.html ,
15. 2. 2011.

Stadt Wien (2010) Gemeinderatswahl 2010,
verfügbar unter: [http://www.wien.gv.at/wahl/
NET/GR101/GR101.htm](http://www.wien.gv.at/wahl/NET/GR101/GR101.htm) , 15. 2. 2011.

Kontakt:

flooh.perlot@strategieanalysen.at

peter.filzmaier@strategieanalysen.at

mz@sora.at

**Saubere Energie jetzt und für die Zukunft:
Das schafft Strom aus Wasserkraft.**

www.verbund.com

Verbund

The advertisement shows a man and a woman standing on a white surface, holding a large, dynamic splash of water that forms a central shape. The background is a light, neutral color. The text is positioned at the top and bottom of the image.